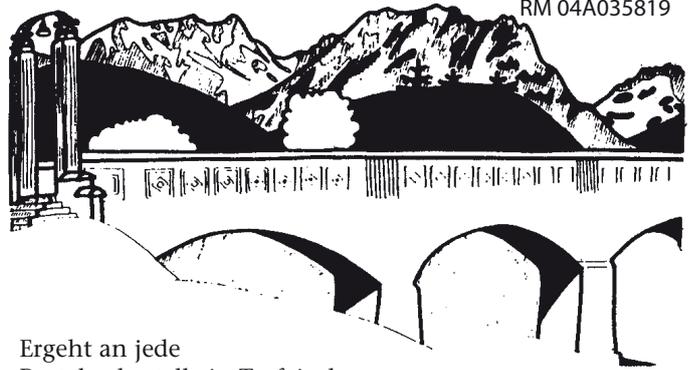


# TROFAIACHER NACHRICHTEN

Gemeindemitteilungsblatt für die Region Leoben  
Nr. 6, Mai 2015



Ergeht an jede  
Postabgabestelle in Trofaiach

AUS DER GEMEINDERATSSITZUNG MÄRZ 2015

## Schlichtungsstelle für Trofaiach KPÖ-Antrag angenommen

*Seit langem fordert die KPÖ die Einrichtung einer kostenfreien Schlichtungsstelle für Mietrechtsstreitigkeiten auf der Gemeinde, wie es sie beispielsweise in Mürzzuschlag oder Leoben gibt. Derzeit müssen sich Mieterinnen und Mieter an das Bezirksgericht in Leoben wenden.*

Im Antrag wird Bürgermeister Mario Abl (SPÖ) beauftragt, eine Petition an das Justizministerium zur Bewilligung einer derartigen Schlichtungsstelle zu richten. Ohne Zustimmung des Ministeriums kann keine Schlichtungsstelle eingerichtet werden. Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer (KPÖ): „In unserer Gemeinde gibt es einen großen Bestand

an Mietwohnungen. Bei Streitigkeiten müssen sich die Mieter derzeit an das Gericht in Leoben wenden. Das ist für die Betroffenen mit großem Aufwand verbunden. Eine Schlichtungsstelle vor Ort würde den Aufwand deutlich verringern.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bürgermeister Mario Abl berichtete über neue Auf- und Abfahrtschilder, die entlang der Umfahrungsstraße aufgestellt wurden. Nun können die verschiedenen Trofaiacher Ortsteile leichter gefunden werden.

### Neue Zufahrt zum Umweltzentrum

Die Gemeinde kauft um 35.000 Euro eine 1.500 Quadratmeter große Fläche um dort eine neue Zufahrtsstraße zum Umweltzentrum zu errichten. Durch die gestiegene Frequenz der Zu- und Abfahrten seit Auflassung der Umweltzentren in Gai und Hafning wurde eine neue Zufahrt notwendig.

Die Stadtgemeinde Trofaiach tritt der Volleyballakademie für Mädchen an den Standorten Eisenerz und Trofaiach bei. Diese Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Ebenso ohne Gegenstim-

me segnete der Gemeinderat den Rechnungsabschluß der Gemeinde für das Jahr 2014 ab. Insgesamt wurden ca. 30 Millionen Euro bewegt und ein Soll-Überschuß von 797.730 Euro ausgewiesen.

Stimme für Gerechtigkeit

verlässlich  
auch nach der Wahl



Werner Murgg  
~~X~~ KPÖ Liste 5

### Aus dem Inhalt

- Neuer Gemeinderat gewählt Seite 2
- TDE –wie geht es weiter? Seite 4
- S-Bahn Vordernbergertal Seite 5
- Die Rechnung folgt nach der Wahl Seite 6
- 20 Jahre EU-Beitritt Seite 7
- Umfrage zur S-Bahn Seite 8

**Aus** der Konstituierenden Gemeinderatssitzung April 2015:

# Neuer Gemeinderat gewählt

*Gabi Leitenbauer: „Ich danke den mehr als 1.100 Trofaiacherinnen und Trofaiachern die mir ihr Vertrauen geschenkt haben.“*

Die Gemeinderatswahl brachte einige Veränderungen. Stärkste Kraft im Gemeinderat bleibt die SPÖ. Sie gewann drei Mandate hinzu und erobert mit 18 Sitzen wieder die absolute Mehrheit im Gemeinderat zurück. Die KPÖ bleibt mit fünf Mandaten zweitstärkste Kraft; bisher hatte sie sieben Sitze. Die ÖVP behält ihre vier Mandate, die FPÖ gewann einen Sitz und hat nun drei Mandate, die Grünen weiterhin ein Mandat.

In der Stadtregierung steht es jetzt: 5 SPÖ, 1 KPÖ und 1 ÖVP. In der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates wurde Mario Abl (SPÖ) wieder zum Bürgermeister gewählt. Er erhielt 25 Stimmen. Erster Vizebürgermeister wird Alfred Lackner (SPÖ) mit 28 Stimmen, Zweite Vizebürgermeisterin bleibt Gabi Leitenbauer (KPÖ); sie erhielt sechs Stimmen. Weiteres gehören dem Stadtrat für die die SPÖ

Peter Marschnig (25 Stimmen), Johannes Greilberger (26) und Elisabeth Berger (29) an. Die ÖVP entsendet Erich Temmel (24).

**„Nicht der Gemeinderat, die Wählerinnen und Wähler haben mich zur Vizebürgermeisterin gemacht!“**

Gabi Leitenbauer in ihrer Antrittsrede: *„Daß der KPÖ diese Funktion auf Grund ihrer Stärke zusteht, entscheidet nicht der Gemeinderat, sondern einzig die Wählerinnen und Wähler. Alleine sie haben mir dieses Amt neuerlich übertragen und ihnen danke ich für das große Vertrauen.“* Gabi Leitenbauer machte klar, daß es mit der KPÖ nach wie vor keine faulen Kompromisse geben werde: *„Dort, wo Bürgerinnen und Bürgern unserer Meinung nach Unrecht geschieht, wo Menschen mit ungerechtfertigten Belastungen konfrontiert werden, wo Privilegien und Freunderlwirtschaft um sich greifen, wird die KPÖ ihre Stimme erheben.“* Gabi Leitenbauer ging auch auf den Vorwurf, die KPÖ sei eine Nein-Sager Partei, ein.

*„Ja, wir bekennen uns dazu, zu Gebührenerhöhungen, zum Verkauf der Stadtwerke oder zur gottseidank verhinderten Verschandelung eines ganzen Ortsteiles durch einen 60 Meter hohen Turm Nein gesagt zu haben.“* Die KPÖ trete weiterhin für einen Gebührenstopp bei Wasser, Müllabfuhr und Kanal ein, um das Wohnen nicht weiter zu verteuern. *„Wir fordern eine Anhebung der Einkommensgrenze bei der Trofaiach Plus Card, weil das Leben für viele unserer Mitbürger immer schwerer leistbar wird.“* Die KPÖ spricht sich ebenso für eine deutliche Personalaufstockung bei den Stadtwerken aus. *„Eine fette Dividende nach Judenburg zu überweisen und gleichzeitig den Beschäftigten steigenden Leistungsdruck zuzumuten, geht nicht.“* Gabi Leitenbauer begründete, warum ihre Fraktion Mario Abl nicht zum Bürgermeister gewählt hatte: *„Wir waren mit wesentlichen Entscheidungen der SPÖ-Mehrheit nicht einverstanden; Entscheidungen, die unter Federführung von Mario Abl umgesetzt wurden. Ich nenne den Teilverkauf der Stadtwerke oder die teilweise empfindlichen Gebührenerhöhungen nach der Gemeindefusion.“* Trotzdem sei die KPÖ bei verschiedenen Projekten zu einem „Schulterschuß“ bereit. Beispielsweise beim Kampf um eine S-Bahn bis nach Trofaiach.

neuen Finanzausgleich, die Pflegekosten und die Gegenfinanzierung der Steuerreform. Erich Temmel (ÖVP) lobte den *„neuen politischen Stil in Trofaiach.“* Die FPÖ will eine *„harte aber faire Opposition sein.“* Eveline Neugebauer (Grüne) fordert Angebote für den sanften Tourismus und die Wiederbelebung der Bahn nach Trofaiach.

## ÖVP und KPÖ verlieren Ausschüsse

Die beiden einzigen Ausschüsse, die bisher von der Opposition geleitet wurden – Gabi Leitenbauer (KPÖ) saß dem Verkehrsausschuß, Erich Temmel (ÖVP) dem Wirtschaftsausschuß vor – werden als eigene Ausschüsse aufgelöst. Obwohl KPÖ und ÖVP in der Stadtregierung vertreten sind, werden sämtliche Ausschüsse nun von der SPÖ geleitet. Leitenbauer: *„Diese Vorgangsweise ist demokratiepolitisch bedenklich. Auch deswegen konnten wir Mario Abl keine Zustimmung bei der Wahl zum Bürgermeister geben.“* Die KPÖ stimmte gegen diese Vorgangsweise, die mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen beschlossen wurde.



## KOSTENLOSE MIETERBERATUNG

Die KPÖ Leoben bietet Ihnen eine kostenlose Mieterberatung.

Ort: Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben

Interessenten werden gebeten, sich unbedingt telefonisch anzumelden:

**038 42/ 22 6 70**



## Probleme werden nicht geringer

Bürgermeister Mario Abl wies in seiner Ansprache auf die kommenden Probleme der österreichischen Städte und Gemeinden hin. Abl nannte in diesem Zusammenhang vor allem den

Impressum: Medieninhaber, Verleger, Herausgeber: Verein zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit fortschrittlicher Kommunalpolitiker, 8700 Leoben, Pestalozzistraße 93, Tel. 03842 / 22 6 70, Fax 038 42 / 27 4 17. Verantwortliche Chefredakteurin: Gabi Leitenbauer. Entgeltliche Einschaltungen sind als Anzeige kenntlich. Druck: Klampfer, Weiz. Offenlegung: die Blattlinie entspricht den Zielen des Vereins fortschrittlicher Kommunalpolitiker.

# KOMMENTAR

## Will Trofaiach keine neuen Bürger?

Was die Bevölkerungsentwicklung betrifft, ist unsere Region wahrlich nicht verwöhnt. Deshalb haben sich Städte von Trofaiach bis Kindberg zusammengetan um gemeinsam um neue „Köpfe“ zu kämpfen und so den Bevölkerungsrückgang zu stoppen.

Leoben zahlt Studentinnen und Studenten der Montanuniversität aus anderen Regionen Österreichs, wenn sie den Hauptwohnsitz in Leoben nehmen, bis zu 700 Euro. Auch Leobener Studenten, die in Wien oder Graz studieren und dort mit Hauptwohnsitz gemeldet sind, bekommen diese Prämie, wenn sie sich wieder in Leoben mit Hauptwohnsitz anmelden. Derartige Prämien gibt es in vielen Gemeinden, um die Abwanderung in die Ballungszentren wenigstens zu verlangsamen. Die Prämien

machen sich für die Gemeinden mehr als bezahlt. So bekommt Leoben über den Finanzausgleich pro Einwohner rund 950 Euro jährlich zurück.

In Trofaiach ticken die Uhren offenbar anders. Hier wird seit Monaten versucht, einen unserer neuen Gemeinderäte, der seit Ende 2014 in Trofaiach wohnt, aus unserer Stadt zu vertreiben. Es wurde seitens der Gemeinde ein Meldeverfahren eingeleitet, um ihm den Hauptwohnsitz abspenstig zu machen.

Die Geschichte ist gleich erzählt: Der Gemeinderat ist seit November vorigen Jahres bei der KPÖ beschäftigt. Er soll die Kommunal- und Gewerkschaftsarbeit unserer Partei vor allem in der Obersteiermark unterstützen. Deshalb ist er von Graz nach Trofaiach übersiedelt. Da es nicht so einfach

ist, in unserer Gemeinde von heute auf morgen eine passende Unterkunft zu finden, wohnte er vorläufig im Haus eines Kollegen. Demnächst wird er seine eigene Wohnung beziehen können, die von der Wohnungsgenossenschaft zwischenzeitlich saniert wurde.

Die Vermutung ist nicht unbegründet, daß hier eine „Lex KPÖ“ konstruiert werden soll: Erinnern wir uns zurück. Hat nicht der Trofaiacher SPÖ-Altbürgermeister jahrelang in der Nachbargemeinde gewohnt? Unser Gemeinderat wurde bereits im Wahlkampf in SPÖ-Publikationen als Polit-Nomade beschimpft. Die Behörde hat versucht einen Verwandten des Quartiergebers „auszufratscheln“ und legt

dem Neubürger die Abmeldung aus unserer Gemeinde nahe. Viele Trofaiacherinnen und Trofaiacher schütteln ob dieser Vorgangsweise nur mehr den Kopf.

Unsere Wählerinnen und Wähler haben mich wieder zur Vizebürgermeisterin gemacht. Wir sind nach wie vor zweitstärkste Kraft in unserer Gemeinde. Dafür danke ich und kann Eines versprechen: Um möglichst effizient im Sinne unserer Wähler wirken zu können, entscheiden wir und nicht die SPÖ, wer für uns im Gemeinderat sitzt. Die KPÖ läßt sich niemanden „herauschießen“!

Gabi Leitenbauer  
KPÖ-Vizebürgermeisterin



## KPÖ feiert 1. Mai Für Gerechtigkeit, Arbeit und Frieden

Fast 1.000 Menschen demonstrierten am 1. Mai mit der steirischen KPÖ in Graz für Gerechtigkeit, Arbeit und Frieden. Am beachtlichen Demonstrationzug durch die Grazer Innenstadt beteiligten sich viele befreundete Organisationen. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler zerpfückte bei der Schlußkundgebung die unsoziale Sparpolitik der ÖVP-SPÖ Landesregierung: „Voves und Schützenhöfer sind in den vergangenen Jahren mit der Abrißbirne durchs Land gefahren. Dutzende Schulen wurden geschlossen, Spitalsabteilungen zugesperrt, soziale Leistungen gekürzt. Gleichzeitig verpulvern sie das Geld für Airpower, Konzernförderungen, sündteure Beraterverträge und 151 Millionen Euro für eine Ski-WM.“



Am Maiaufmarsch der KPÖ beteiligten sich heuer fast 1.000 Menschen.

## Aus dem Trofaiacher Stadtrat: Sitzung vom Mai 2015

# TDE: Wie geht es weiter?

Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer (KPÖ) ersuchte Bürgermeister Mario Abl erneut um Auskunft betreffend das geplante TDE-Projekt in Edling. Auf Anfrage der KPÖ in der letzten Gemeinderatssitzung im März, ob es ein Gerücht sei, daß das Projekt „auf Eis“ gelegt wurde, sagte der Bürgermeister damals: „Dieses Gerücht stimmt nicht. Der Baubeginn ist der 7. April 2015.“

Bis jetzt ist von einem Baubeginn jedoch nach wie vor nichts zu sehen!

Bürgermeister Abl bemerkte nun dazu, daß er den genauen Baubeginn nicht kenne. Man habe jedoch aufgrund der Einsprüche ein Jahr verloren, deshalb wäre das Projekt aus dem Förderprogramm gefallen. Man müsse nun um alles neu ansuchen und eine neue Projektplanung einreichen, die Firma TDE arbeite aber mit Hochdruck daran.

### Zebrastrifen Gößgrabenstraße

Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer ersuchte den Bürgermeister über die Gößgrabenstraße, parallel zum Bahnstrancken, einen Zebrastrifen zu errichten. Viele Kinder aus der Nordsiedlung benutzen diesen Weg als Schulweg. Der Bürgermeister sagte eine Überprüfung zu.

Folgende Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt: Für den Vorplatz der Aufbahrungshalle am Friedhof wurde für die Anschaffung von neuen Bäumen 3.900 Euro freigegeben, für die Sommerbepflanzung der öffentlichen Blumenanlagen 5.650 Euro.

### Wärmevertrag mit KELAG:

Mit der KELAG wurde ein neuer Wärmevertrag für die gemeindeeigenen Objekte auf 10 Jahre abgeschlossen, die jährliche Einsparung für die Gemeinde wird ca. 10.000 Euro betragen.

Eine Mitgliedschaft der Stadtgemeinde bei der „Schuldnerberatungsstelle Steirische Eisenstraße“ wurde ebenfalls einstimmig beschlossen. Die Gemeinde leistet hier organisatorische Hilfeleistungen, Termine werden koordiniert und ein Büro zur Verfügung gestellt. Die Schuldnerberatungsstelle ist für Betroffene kostenlos.



### Wegumlegung Lehmberg Faß ohne Boden?

Als ein Faß ohne Boden erweist sich die Wegumlegung Lehmberg, die samt Planung bereits mehr als 129.000 Euro verschlang.



Ein neuerlicher Auftrag in der Höhe von 11.388 Euro für Materialtransport samt Einbau für die neue Straße und Begrünung wurde deshalb nur mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer und ÖVP-Stadtrat Erich Temmel stimmten dagegen. Gabi Leitenbauer: „Auf meinen Antrag wurde in der letzten Stadtratssitzung beschlossen, sowohl den Prüfungsausschuß als auch den Bauausschuß mit einer genauesten Prüfung des Projektes „Wegumlegung Lehmberg“ inklusiver aller Kosten zu befassen. Diese Prüfung hat bis jetzt noch nicht stattgefunden.“ Außerdem findet sie es befremdlich, daß dieser Auftrag – schon lange bevor er im Stadtrat behandelt wurde - bereits vergeben wurde.

### Erstellung eines Baumkatasters für öffentliche Anlagen

Für entstehende Schä-

den durch herabstürzende Äste oder umfallende Bäume ist der Baumeigentümer haftbar. Um Unfälle bzw. Schäden auf öffentlichem Gut zu vermeiden, beschloß der Stadtrat, gegen die Stimme der ÖVP, die Kosten für die Erfassung und Beurteilung des Baumbestandes inklusive der Software zur Erstellung eines Baumkatasters von 20.700 Euro plus der anfallenden jährlichen Kosten von 14.414 Euro für Sicherheitsprüfungen freizugeben. Sowohl KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer als auch ÖVP-Stadtrat Erich Temmel zeigten sich verwundert darüber, daß nur einziges Angebot von den Österreichischen Bundesforsten eingeholt wurde. Laut Bürgermeister Abl war es trotz Bemühungen der Gemeinde bisher nicht möglich, ein zweites Angebot für diese Kapazitäten – es handelt sich in Trofaiach um 1.000 Bäume – zu bekommen.

## Kommentar

# Wie Wort und Tat oft nicht zusammen passen!

Wohnen wird leider für viele Familien zu einem immer größeren finanziellen Problem. Das ist eine Binsenweisheit. Die KPÖ hat bescheidene zwei Mandate im Landtag und stellt mit Elke Kahr lediglich in Graz eine Wohnungsstadträtin. Trotzdem konnten wir einiges erreichen. Die Wohnbeihilfe brauchen manche Familien wie die sprichwörtliche Butter aufs Brot um halbwegs über die Runden kommen zu können. Statt diese Beihilfe endlich der Geldentwertung anzupassen, wurde sie vor einiger Zeit gekürzt. Ein Wahnsinn.

Jahrelang haben wir im

Landtag für eine deutliche Erhöhung getrommelt. Jahrelang wurden unsere Anträge von der Mehrheit abgeschmettert. Seit 1. Jänner gibt es eine, wenn auch bescheidene Erhöhung. Ein erster Erfolg. In Graz konnte die KPÖ durchsetzen, daß im Rahmen des sozialen Wohnbaus 500 neue, günstige Wohnungen gebaut werden. Viele unserer Anträge für billigeres Wohnen haben im Landtag keine Mehrheit gefunden. So unser Vorschlag die Wohnbauförderungsmittel, die jedem Lohnsteuerpflichtigen automatisch vom Lohn abgezogen werden, endlich einer Zweckwidmung für den

Wohnbau zuzuführen!

Jetzt hat auch die FPÖ das Thema „leistbares Wohnen“ entdeckt. Wort und Tat klaffen da aber deutlich auseinander. Die FPÖ hat sämtliche(!) Anträge im Landtag für eine Erhöhung der Wohnbeihilfe abgelehnt. Noch heute leiden viele Mieterinnen und Mieter unter den Folgen eines vom damaligen FPÖ-Wohnbaurat Schmid verantworteten Wohnbauförderungsgesetzes. Demnach steigen die Mieten nach 15 oder 20 Jahren Darlehenslaufzeit wegen steigender Darlehensrückzahlungen deutlich an; viele Familien können sich die plötzlich um



100 oder 200 Euro teurere Wohnung nicht mehr leisten. Gerade beim Thema „billiges Wohnen“ sollten Sie der FPÖ nicht auf den Leim gehen. Es könnte auch für Sie persönlich teuer werden!

Jürgen Enser  
KPÖ-Gemeinderat

# Die S-Bahn muß kommen!

In den Gemeinden von Trofaiach über Leoben und Bruck bis Kindberg leben 95.000 Einwohner. Hier muß die S-Bahn Obersteiermark ihren Ausgang nehmen. Das Gebiet ist für eine S-Bahn prädestiniert. Die erwähnten Gemeinden haben eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Sinnhaftigkeit einer S-Bahn von Trofaiach über Leoben bis Kindberg prüfen soll.

Auf einer Veranstaltung der Arbeiterkammer wurde diese Studie in Leoben präsentiert.

Hans-Georg Franz, Professor an der FH Joanneum, skizzierte in seiner Machbarkeitsstudie die Sinnhaftigkeit einer derartigen S-Bahn. Zahlreiche neue Haltestellen, unter anderem in Trofaiach-Nord, in Donawitz und beim LKH würden



zur Attraktivität dieser Bahn beitragen. Das Fahrgastpotential sei vorhanden. Weniger erfreuliche Botschaften überbrachte der Vertreter des Landes. Er schlägt als erste Ausbaustufe lediglich eine S-Bahn von Kapfenberg bis Leoben vor. Auch in weiteren Ausbausritten sei zwar eine Erweiterung bis St. Michael vorgesehen, das Vordernbergertal soll jedoch lediglich über ein Busystem erschlossen werden.

Politiker und Amtsträger der Region zeigten sich von diesen Vorschlägen wenig erfreut. Der Leobener Stadtamtsdirektor Wolfgang Domian argumentierte für die S-Bahn ins Vordernbergertal: „Viele Trofaiacher arbeiten in Kindberg oder Kapfenberg. Es muß möglich sein zwischen diesen Städten ohne Umsteigen verkehren zu können.“ KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg kritisierte das jahrelange Ver-

sagen der verantwortlichen Politiker unserer Region: „Hätten wir vor zehn Jahren mit einer Stimme gesprochen, würde die S-Bahn ins Vordernbergertal bereits fahren. Jetzt gilt es gegenüber dem Land Druck zu machen, damit wir nicht abgekoppelt werden.“ Mürrzuschlags Bürgermeister Karl Rudischer sieht Gefahren für seine Stadt: „Unsere Stadt darf bei einer S-Bahn Obersteiermark nicht außen vor bleiben!“

Spitalsschließungen - Glücksspiellizenzen - Schulschließungen - Hypo-Haftungen

# Die Rechnung folgt nach der Wahl

*Plötzlich haben sie es eilig: Überraschend haben Voves und Schützenhöfer die Flucht in vorgezogene Neuwahlen angetreten. Angeblich spart das Kosten. Wir beleuchten die wirklichen Hintergründe.*

Landeshauptmann Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer haben längst bekannt gegeben, ihre Koalition auf jeden Fall auch nach der Wahl fortzusetzen. Warum können Landtag und Regierung dann nicht bis zum regulären Wahltag im Herbst weiterarbeiten? Der Verdacht liegt nahe, daß die vielen Polit-Blasen, die SPÖ und ÖVP aufgebaut haben, sehr bald platzen. Solange sie verheimlichen können, was wirklich auf die Bevölkerung zukommt, rechnen sie sich ein besseres Wahlergebnis aus. Die Rechnung wird den Steirerinnen und Steirern im Herbst präsentiert - dann ist die Wahl geschlagen. SPÖ und ÖVP haben in den letzten Jahren den Menschen ein Kürzungspaket nach dem anderen verordnet.

## Unglaublich

Im vergangenen Dezember haben SPÖ und ÖVP im Landtag ein Budget be-

schlossen, das angeblich ohne Neuverschuldung auskommt. Möglich wurde es durch massive Kürzungen auf dem Rücken der Bildung, der Gesundheit, von Menschen mit Behinderungen. Im März 2015 wurde bekannt, daß das Land Steiermark für die Landes-Hypo Haftungen von 77,4 Millionen Euro übernehmen muß. Durch die Verteuerung von Frankenkrediten steigen die Schulden des Landes zum Stichtag um weitere 45 Millionen Euro.

## Pflege und Spitäler

Eine große Baustelle der „Reformpartner“ ist die Pflege. Jährlich fließen hohe zweistellige Millionenbeträge am „Wirkungsziel“ vorbei. Gefördert werden damit die Profite privater Heimbetreiber. Das stellte die eigene Abteilung der damals zuständigen Landesrätin Edlinger-Ploder (ÖVP) in einem nicht veröffentlichten Papier fest. Das neue

Pflegekonzept soll erst nach der Wahl vorgestellt werden. Noch schlimmer die Fehlentwicklungen bei den Spitälern. Nach der Schließung von Spitälern und Abteilungen in der ganzen Steiermark sowie dem gescheiterten Versuch, das zweitgrößte steirische Krankenhaus zu privatisieren, haben Landeshauptmann Voves und Landesrat Drexler (ÖVP) eine neuerliche „Spitalsreform“ angekündigt. Ein weiterer Kahlschlag im Gesundheitswesen steht bevor.

## Glücksspiel

Drei Konzerne haben sich für die neuen Glücksspiellizenzen beworben. Sie dürfen dann 12 Jahre lang mehr als 1.000 Automaten in der Steiermark betreiben. Die KPÖ hat ein Verbot des Kleinen Glücksspiels gefor-

dert. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben das im Landtag abgelehnt. Die große Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht.

## Ski-WM

Rund um die Ski-WM in Schladming gibt es eine Vielzahl von Hinweisen auf Geldverschwendung und fragwürdige Verträge zu Ungunsten des Landes Steiermark. 151 Millionen Euro hat allein die Steiermark in die WM hineingebuttert. Insgesamt wurden dafür mehr als 400 Millionen Euro ausgegeben. Die KPÖ war die einzige Partei, die im Landtag gegen die verschwenderische Finanzplanung gestimmt hat. Nun liegt der Rechnungshofbericht vor, der die Kritik der KPÖ bestätigt.

## Was uns ein- und auffällt...

...daß die Trofaiacher FPÖ in einer der letzten Gemeinderatssitzungen wieder einmal eine **besondere „Einlage“** geliefert hat. Der von ihrem Gemeinderat Thomas Ecker eingebrachte Antrag, den erst unlängst einstimmig(!) gegründeten Gestaltungsbeirat vorläufig wieder auszusetzen, wurde am Ende der Debatte nur mehr von ihm selbst unterstützt; sogar seinen Gemeinderatskollegen Friedrich Hubmann konnte er nicht überzeugen; dieser enthielt sich der Stimme...

...daß die steirische Volkspartei im Landtags-

wahlkampf landauf und landab plakatiert „*Wir sind noch lange nicht fertig.*“. Angesichts von bisher mehr als 40 geschlossenen Schulen, zahlreichen ausradierten Spitalsabteilungen und einer wahren Kürzungssorgie bei sozialen Leistungen wahrlich eine **gefährliche Drohung...**

...daß man am Beispiel Griechenlands deutlich vor Augen geführt bekommt, was von Wünschen nach einer sozialen EU zu halten ist. Derartige Träumereien zerschellen zwangsläufig am **neoliberalen Zwangskorsetts** von EU und Euro.



## 20 Jahre EU-Beitritt

# Über eine halbe Million Menschen ohne Arbeit

Was ist aus den Versprechen von 1994 geworden? „EU-Beitritt bringt positive Beschäftigungseffekte“ oder „EU-Beitritt bringt mehr Arbeitsplätze und höheres Wachstum“ hat es damals geheißen. Schlagzeilen, mit denen die Österreicher für ein Ja zum EU-Beitritt geködert wurden. Im Jänner 1995 waren 296.773 Personen arbeitslos. Im Jänner 2015 stieg diese Zahl auf 472.539 Personen, der höchste Wert seit sechs Jahrzehnten. Bezieht man die versteckte Arbeitslosigkeit mit ein, kommt man auf fast 510.000 Arbeitslose.

Sieht man sich die Entwicklung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitslosigkeit an, erkennt man, daß die Arbeitslosigkeit in einem wellenförmigen Trend seit Mitte der 90er Jahre, dem EU-Beitritt, nach oben geht. Das hat auch mit der Vorherrschaft des neoliberalen Politregimes zu tun.

Dieses fiel aber nicht vom Himmel. Es wurde auf Druck des EU-Binnenmarktes und der Währungsunion europaweit durchgesetzt. Die Liberalisierung der Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte hat die Löhne und Gehälter, vor allem die der schlechter Verdienenden, nach unten gedrückt und durch die Sparpolitik die öffentliche Nachfrage ausgehungert.

### Immer mehr prekäre Beschäftigung

Seit der Einbindung in den EU-Binnenmarkt ist auch die prekäre und a-typische Beschäftigung gestiegen. Die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten ist von 13 auf 28 Prozent gestiegen, die der Vollzeitbeschäftigten um 6 Prozent gesunken. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist auf über 330.000 angewachsen. Auch die Zahl der Leihar-

beiter hat massiv zugenommen.

Immer mehr Menschen können sich von ihrem Arbeitslohn kaum mehr ein ordentliches Leben leisten. Besonders die unteren Lohngruppen kamen seit dem EU-Beitritt besonders unter die Räder. Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 wurde das

rücksichtslose Sparregime von der EU zum Allheilmittel erklärt. Die Folge: immer mehr Staaten des europäischen Südens versinken in Massenarmut, während auch in den nord- und mitteleuropäischen Ländern die Arbeitslosigkeit zunimmt und die Löhne und Gehälter stagnieren oder abnehmen.

**AUSTRITT aus der EU**  
aus Liebe zu Österreich

**überparteiliches VOLKSBEGEHREN**

[www.volksbegehren-eu-austritt.at](http://www.volksbegehren-eu-austritt.at)

**24. Juni**  
bis  
**1. Juli 2015**



in allen  
Gemeindeämtern  
und  
Stadtmagistraten



*Kommentar von Karl Russheim*

## Arbeiten bis 67 und private Vorsorge?

*schen in die private Vorsorge getrieben werden. Wie schauen die tatsächlichen Fakten aus? Es stimmt: Die Menschen werden immer älter und die Pensionisten können ihre Pension länger genießen. Eine erfreuliche Tatsache. Trotzdem geht der Staat, auch wenn er zu den Pensionen mehr zuschießen muß, nicht Pleite, wenn man die richtigen Gegenmaßnahmen trifft.*

*So gehörte schon längst eine Wertschöpfungsabgabe von Konzernen und großen Unternehmen eingeführt, um einen Teil von deren Gewinnen aus der gestiegenen Produktivität dem Pensionsversicherungssystem zugute kommen zu lassen.*

*Was würde eine Anhebung des Antrittsalters auf 67 Jahre bedeuten? Derzeit ist das An-*

*trittsalter 65 Jahre. Im Durchschnitt gehen die Österreicher mit 60 in Pension. Das hat viele Ursachen. Sonderregelungen, wie „Hacklerregelung“ oder lange Arbeitslosigkeit. Viele werden vor Erlangung ihres 65. Lebensjahres gekündigt und finden dann keine Arbeit. Viele müssen krankheitsbedingt lange vor Erreichen des 65. Lebensjahres in Pension gehen. Viele Berufe verlangen schwere körperliche Anstrengungen. Wer früher geht, muß jetzt schon mit Abschlägen bei der Pension leben. Eine Anhebung auf 67 Jahre würde nur dazu führen, daß noch mehr Pensionistinnen und Pensionisten Abschläge von ihrer Pension erleiden, weil sie aus verschiedenen Gründen vor 67 in Pension gehen müssen! Schon jetzt haben wir 500.000*

*Arbeitslose, Tendenz steigend. Arbeiten bis 67 würde diese Zahl noch weiter erhöhen!*

*Will man in eine Privatpension einzahlen, braucht man dafür nicht wenig Geld. Viele haben das Einkommen nicht, um sich derartige Zusatzpensionen leisten zu können. Zusätzlich sind diese privaten Zusatzpensionen wenig sicher, da das Geld auf den Kapitalmärkten veranlagt werden muß. Die große Krise vor einigen Jahren hat einige dieser Zusatzpensionen vernichtet und viele deutlich gesenkt. Die Pensionsversprechen konnten nicht gehalten werden! Ziel muß es sein, mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen. Dann ist das staatliche Pensionssystem sicher. Dafür sollten wir - Junge und Alte - gemeinsam eintreten!*

*Derzeit läuft in Zeitungen und im Fernsehen eine Kampagne, bei der sogenannte „Experten“ beweisen sollen, daß bei steigender Lebenserwartung und ohne Gegenmaßnahmen die staatliche Pensionsversicherung vor der angeblichen Pleite steht. Diese Negativkampagne dient zwei Zielen: Erstens will man das gesetzliche Pensionsantrittsalter auf 67 Jahre anheben und die jährlichen Pensionsanpassungen noch weiter unter die tatsächliche Teuerungsrate drücken. Zweitens sollen vor allem jüngere Men-*

## Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Unter den Einsendungen werden Buchpreise verlost.

### S-Bahn ins Vordernbergertal?

JA NEIN

Ich bin für eine S-Bahn nach Trofaiach.

Ich halte ein Buskonzept für ausreichend.

Weitere Vorschläge und Meinungen

.....

Name: .....

Adresse: .....

Bitte ausschneiden und einsenden an:

**TROFAIACHER NACHRICHTEN**

Pestalozzistraße 93, 8700 Leoben oder Fax: 038 42/27 4 17

**72° Nord.**  
Jenseits der Zivilisation

Ein Abenteuer in Nordost-Grönland

**Multimedia-Präsentation**  
von Gerald Almer & Christian Weiß  
[www.3styrians.at](http://www.3styrians.at)

**Freitag, 29. Mai 19 Uhr**

**Alpenvereinshaus Trofaiach**

Langfelderstraße 81

**Eintritt: Freiwillige Spende**

## UMFRAGE

### S-Bahn ins Vordernbergertal?

Seit Jahren verkehrt in großen Teilen der Steiermark eine S-Bahn. Sie erfreut sich großen Fahrgastzuspruchs. Leider wartet die Obersteiermark immer noch darauf an das S-Bahnnetz angeschlossen zu werden, obwohl gerade der Großraum Trofaiach-Leoben-Bruck-Kapfenberg dafür prädestiniert wäre.

Nun wurde in Leoben eine Studie vorgestellt, die einer S-Bahn von Trofaiach über Bruck bis Kindberg

großes Fahrgastpotential voraussagt. Neue Haltestellen würden die Attraktivität zusätzlich steigern. Leider will das Land Steiermark davon nichts wissen und setzt im Vordernbergertal auf ein Bus-Konzept.

Während ins Übelbachtal eine S-Bahn verkehrt, will man, trotz Vorliegen einer tauglichen, elektrifizierten Strecke, unsere Region auf einen Busverkehr vertrusten.

## Post AG

### „Kopfgeldprämien“

Der Vorstandsvorsitzende der Post, Georg Pölzl, hat den Geschäftsbericht 2014 vorgelegt. Aus Sicht der Aktionäre kann sich der Bericht sehen lassen: Gewinn plus 18,3 Prozent, Dividendenausschüttung plus 6,5 Prozent, Zahl der Beschäftigten minus 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Knapp 90 Prozent des Gewinns werden als Dividende ausgeschüttet. Wie heißt es im Geschäftsbericht? „Im Fokus unserer strategischen Aktivitäten steht die konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse unserer Kunden.“ Um zu unterstreichen, wie wichtig der Post die Kunden sind, werden zeitgleich die Posttarife kräftig erhöht. Aufschlußreich ist ein Blick auf die Entwicklung der Post AG, seit sie den Liberalisierungsvorgaben der EU unterworfen ist: Dividenden und Vorstandsbezüge klettern in die Höhe, Beschäftigte und Postfilialen werden abgebaut.

Der Druck auf die Postler wird laufend erhöht. Der Leiter des neuen Verteilens-

trums Wals bei Salzburg, Franz Reichl, berichtet, daß die neue Verteilermaschine ein derartiges Höllentempo vorgibt, daß unlängst eine Beschäftigte neben der Maschine umgekippt ist und sich die Krankenstände massiv häufen. Auch bei den Zustellern hat sich die Belastung erhöht. Bis zu doppelt so viel muß ein Postler heute zustellen, im Vergleich zu den Zeiten vor der Liberalisierung. Postler berichten auch von „Kopfgeldprämien“, die die Post an Vorgesetzte ausbezahlt, denen es gelingt, „teure“ Beschäftigte, also solche mit alten, noch besser bezahlten Verträgen, loszuwerden. Für Neueinsteiger wurden die Löhne bekanntlich massiv abgesenkt. Wie stark die Löhne gefallen sind, zeigt ein weiterer Blick in die Geschäftsberichte der Post AG: 2002 betrug der Anteil der Löhne und Gehälter an den Umsatzerlösen 49 Prozent, 2014 nur mehr 35 Prozent. Fazit: Immer weniger Menschen müssen immer mehr zu geringeren Löhnen leisten.

#### Einige Kennzahlen, 2002 - 2014:

Dividendenausschüttung	plus 354 %
Vorstandsbezüge	plus 181 %
Beschäftigte	minus 17 %
Postfilialen	minus 77 %